



Willy Brandt

18. Dezember 1913 – 8. Oktober 1992.
Deutscher Politiker (SPD).

Journalist, Mitglied der SPD, ab 1931
der Sozialistischen Arbeiterpartei SAP.
1933 Emigration nach Norwegen und
Schweden. 1937 Teilnahme am Spani-
schen Bürgerkrieg. Ab 1947 wieder in
Deutschland und Mitglied der SPD.
1949–1957 und 1961 Bundestags-
abgeordneter. 1957 bis 1966 Regieren-
der Bürgermeister Berlins (West).
1964 Vorsitzender der SPD. 1966–1969
Außenminister der Großen Koalition.
1969–1974 Bundeskanzler. Für seine
Ostpolitik 1971 mit dem Friedensnobel-
preis ausgezeichnet. Bejahte deutlicher
als die SPD die Entwicklung der
Wiedervereinigung 1989/90.

Willy Brandt

Regierender Bürgermeister von Berlin

Vortrag zum Übersee-Tag in Hamburg

Ich bin dem Übersee-Club sehr dankbar dafür, dass er mir die Gelegenheit gegeben hat, heute an diesem festlichen Essen teilnehmen und zu Ihnen sprechen zu dürfen. Bevor ich aus Berlin weggefahren bin, hatte mir mein Büro etwas über ein Dokument aufgeschrieben, das, ich glaube, vor 769 Jahren ausgestellt worden sein soll. Aber ich bin inzwischen beraten worden, mich auf diesem Gebiet nicht allzu weit auszulassen; ich möchte also darauf verzichten und lediglich hinzufügen, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin von einem solchen Rückblick auf die große Geschichte dieser Stadt noch stärker beeindruckt ist, als es ein gebürtiger Lübecker sein kann.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin weiß insbesondere auch zu würdigen – um Herrn Erich Lüth zu zitieren –, dass ein Repräsentant von Preußisch-Berlin in Hamburg zu sprechen, und dass er vor einem solchen Auditorium wie diesem sprechen darf.

Ich bin gerne gekommen, um als ein Sprecher des kleinen und leider noch immer geteilten und bedrängten Deutschland Ihnen unseren Respekt zu bekunden, den Respekt vor den geschichtlichen Leistungen dieser Stadt und den Männern, die aus dieser Stadt durch die Jahrhunderte das gemacht haben, was aus ihrem Wagnis geworden ist, aber insbesondere auch um den Respekt vor den Nachkriegsleistungen dieser Stadt zu bekunden. Daran dachte ich auf der Fahrt hierher. Wenn man vor zehn Jahren durch Hamburg gefahren ist an einem Nachmittag oder an einem frühen Abend wie heute und diese Fahrt mit der heutigen vergleicht, erkennt, was heute wieder steht, dann, so möchte ich sagen, ärgert man sich ein bisschen darüber, dass wir von einer großen Zahl von Mitbürgern umgeben sind, die über ein allzu kurzes Gedächtnis verfügen. Aber ich bin gerne gekommen, nicht nur, um meinen und unseren Respekt zu bekunden, sondern auch, um Dank zu sagen. Dank zu sagen für das Verständnis, das Berlin in den schweren Nachkriegsjahren in Hamburg gefunden hat, und für den Anteil, den die Bürger dieser Stadt und – ganz schlicht gesagt – die Steuerzahler dieser Stadt daran gehabt haben, Berlin durch diese Jahre hindurchzubringen. Damit wir uns nicht missverstehen: Ich bin zwar der Meinung, dass Berlin einen Anspruch darauf hatte, in einer unverschuldeten Notlage durch diese Zeit hindurchgebracht zu werden; aber das schließt ja nicht aus, dass man von der Berliner Seite einmal ein Wort des Dankes sagt. Ich sage es gern, und ich sage es so, wie es nur im guten Sinne gemeint sein kann.

Aber ich möchte heute Abend auch einige Worte über die Wandlungen der Beziehungen zwischen unseren beiden Städten sagen, den beiden größten deutschen Städten und zugleich den beiden größten Städten im freien Teil Deutschlands. Ich möchte auch von einigen Gemeinsamkeiten sprechen, und zwar von Gemeinsamkeiten nicht nur im Sinne dessen, was man die neue Verwandtschaft genannt hat, gestützt auf die Tatsache, dass es im freien Teil Deutschlands außer den alten Stadtstaaten Hamburg und Bremen nun auch einen dritten, nämlich Berlin, gibt. Auch das ist ein Faktum, das gewürdigt werden soll, wenngleich es nicht der Tragik entbehrt, dass Berlin erst eine halbe Stadt werden musste, bevor es ein ganzes Land werden konnte.

Als nach dem letzten Krieg Preußen aufgegliedert wurde, blieb Berlin übrig. Und als auch durch Berlin der Schnitt gezogen wurde, der vorher schon Deutschland von Lübeck bis Hof getrennt hatte, da zwang sich die Notwendigkeit auf, zumindest aus dem freien Teil Berlins ein deutsches Land zu machen. Wir stehen insoweit unter dem gleichen Grundgesetz und haben uns als Stadt und Land zugleich mit den Fragen auseinandergesetzt, mit denen sich auch Hamburg und Bremen auseinanderzusetzen haben. Ich denke auch in die Gemeinsamkeit der beiden größten deutschen Industriestädte Hamburg und Berlin, die beide dadurch gekennzeichnet sind, dass ihr Wirtschaftsleben

im industriellen Bereich neben einigen dominierenden Unternehmungen sehr stark durch eine Vielzahl, zum Teil fest verankerter und weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannter mittlerer und kleiner Betriebe, gekennzeichnet ist. Sie zeugen von der Vielseitigkeit des industriellen Geschehens und zugleich auch von dem Wettbewerb, der sich daraus ergibt. Diese Wandlung zur Industriestadt gehört vielleicht zu dem Wesentlichsten der Berliner Entwicklung nach der Blockade. Draußen übersieht man es häufig, dass die Stadt Berlin in früheren Zeiten nur zur Hälfte davon gelebt hat, dass in ihr produziert und Handel getrieben worden ist, und dass sie zur anderen Hälfte davon lebte, eben Hauptstadt, Zentrum Preußens und des Reiches, zu sein sowie administrative Tätigkeiten nicht nur als Kapitale, sondern als Zentrum der Unternehmungen, der Banken, der Versicherungen und so weiter auszuüben. Und unser großer Umstellungsprozess in diesen Jahren musste darauf abzielen. Menschen, die früher in administrativer Tätigkeit standen, in eine industrielle Tätigkeit hinüberzubringen. Das ist nur zu einem gewissen Teil gelungen. Und wenn wir heute noch eine beträchtliche Restarbeitslosigkeit in Berlin zu verzeichnen haben, dann steckt in dieser Restarbeitslosigkeit ein verhältnismäßig hoher Anteil an älteren, langjährig erwerbslosen Angestellten. Sie sind heute leider als die eigentlichen «armen Leute» zu bezeichnen, da sie nicht mehr in eine industrielle Tätigkeit übernommen werden können.

Wenn ich von Gemeinsamkeiten sprechen wollte, dann nicht zuletzt auch wegen der Weltoffenheit, von der sicher ist, dass sie diese Stadt seit Jahrhunderten gekennzeichnet hat. Eine Weltoffenheit, die man vielleicht auch in Berlin schon vor dem Kriege, jedenfalls in den zwanziger Jahren, in starkem Maße, vor allem auch im kulturellen Leben, feststellen konnte, und die sich – ich glaube, ich darf das ohne Übertreibung sagen – nach dem letzten Kriege im positiven Sinne weiterentwickelt hat. Nicht deswegen, weil die Berliner bessere Menschen wären als die Deutschen in anderen Teilen, sondern deswegen, weil sie mit einem Schicksal besonderer Art konfrontiert worden sind, und weil sie keine Zeit dazu hatten, einen Streit zwischen Okkupanten und Okkupierten zu führen. Sie wurden auch sehr viel früher als ihre Landsleute im deutschen Westen – aber nicht nur sie allein, sondern auch die, die zu ihnen gekommen waren –, vor die Tatsache gestellt, dass sie in einem Boot Platz gefunden hatten. Und sie mussten überlegen, die Berliner und die Alliierten, wie sie dieses Boot gemeinsam durch gefährliche Ströme führen könnten.

So glaube ich, dass sich gerade durch die Entwicklung seit 1945, ohne dass wir besonders viel davon sprachen, Brücken herausgebildet haben zwischen Hamburg als dem alten, bewährten und mit neuem Leben erfüllten Tor zur Welt und Berlin in der schwierigen Zeit des gespaltenen Deutschland und der von Spannungen zerrissenen Welt als einem Schaufenster der freien Welt, des Teiles der Welt, zu der wir gehören und gehören wollen, bei allem Willen zum Ausgleich mit anderen.

Vielleicht darf ich ein paar Worte über die ökonomischen Beziehungen zwischen unseren beiden Städten sagen und über einige Wünsche, die ich damit verknüpfe. Aber bevor ich das tue, darf ich nicht ohne Stolz von den Leistungen berichten, die wir in den letzten Jahren im noch immer weitgehend isolierten Berlin haben vollbringen können. Gestützt auf den unverwüstlichen Arbeitswillen der Menschen in unserer Stadt, gepaart mit der Hilfe, die wir zunächst von den Vereinigten Staaten und dann in zunehmendem Maße von unseren Landsleuten im deutschen Westen erhalten haben. Fürchten Sie nicht, dass ich mich allzu lange bei diesem Erfolgsbericht aufhalte. Aber natürlich, wovon soll ein Regierender Bürgermeister von Berlin sprechen, wenn nicht auch ein bisschen von dem, was in seiner Stadt geleistet worden ist. Und vielleicht ist auch ein wenig daran an dieser alten Diplomatengeschichte über den Elefanten, von der die meisten von Ihnen im Laufe der Jahre erfahren haben werden. Ich meine die Geschichte mit den Herren aus verschiedenen Ländern, die die unterschiedlichen nationalen Charaktere darstellen und anhand eines gemeinsam abgehandelten Themas feststellen wollen. Sie kommen nach einem Jahr oder nach zwei Jahren zusammen. Sie haben sich darüber verständigt, dass ein Repräsentant jedes Landes ein Buch

über die Elefanten schreiben soll. Der Engländer kommt mit einem in Leder gebundenen Buch über «Elephants», der Amerikaner mit einem etwas dicke ren Buch über «Elephants biggest», der Franzose mit einem kleinen Büchlein über «Les amours des éléphants», nach dem Schweden und Polen kommt dann der Deutsche mit zwei dicken Bänden, je einem unter dem linken und dem rechten Arm. Er legt sie auf den Tisch des Hauses; der Titel: «Kurze Einführung in Art und Wesen des Elefanten».

Und dann ist noch einer übrig geblieben, und alle fragen: Was ist denn das für ein komischer Kauz? Als er sagt, er sei Berliner, kommt die Antwort: Die Deutschen waren doch schon dran! ist mir ganz egal, sagt der Berliner. Alles ist nun gespannt, wie der Berliner das Thema des Elefanten abhandelt. Er hat ein ziemlich großes, nicht sehr dickes, aber doch ansehnliches Buch mitgebracht. Er legt es auf den Tisch des Hauses. Der Titel lautet: «Berlin und die Berliner».

Damals habe ich allerdings auch schon die andere Version gehört, wonach der letzte ein Norweger war und der Titel lautet: «Norwegen und die Norweger». Man kann es also verschieden anwenden.

Nachdem ich diese Anekdote vorausgeschickt habe, darf ich, ohne Sie in dieser späten Abendstunde mit Zahlen belasten zu wollen –, die meisten von Ihnen haben morgen früh sowieso wieder mit Zahlen zu tun –, doch ein paar Ziffern nennen, um noch einmal anschaulich zu machen, worum es sich bei der Entwicklung in Berlin in den Jahren seit 1949, das heißt, nach dem Sieg über die Blockade, gehandelt hat. Wenn ich «Sieg über die Blockade» sage, so tue ich es mit einem bitteren Beigeschmack, weil ich noch heute der Überzeugung bin, dass jener Sieg politisch nicht zu dem ausgewertet worden ist, was potenziell in ihm steckte.

Wir haben im freien Berlin – und ich ziehe diese Bezeichnung der Bezeichnung Westsektor oder West-Berlin vor – nach der Blockade 1949 mit einem Produktionsindex, der auf 17 reduziert war, begonnen, verglichen mit 100 im Jahre 1936 – also weniger als ein Fünftel! Wir haben im Jahre 1957 einen Index von 115, verglichen mit 100 im Jahre 1936, erreicht. Die Vergleichsziffern des Bundesgebietes brauche ich Ihnen nicht zu nennen. Die Bundesrepublik lag bei 85, 90, als wir auf 17 gesunken waren, und liegt bei 220, während wir bei 115 stehen. Das bedeutet aber immerhin, dass trotz dieses riesigen Abstandes zwischen den Produktionsindizes im deutschen Westen und im freien Berlin die Zuwachsrate in diesen Jahren in Berlin nicht niedriger gewesen ist, sondern sogar etwas höher lag als im deutschen Westen. Auch im vergangenen Jahr, im Jahre 1957, haben wir, den Zuwachs betreffend, um ein Prozent höher gelegen. Unsere Ausgangssituation war jedoch unendlich schwach. Immerhin: Als ich kürzlich in den Vereinigten Staaten war, da hatte ich es unendlich viel leichter, als mein großer und unvergleichlicher Vorgänger Ernst Reuter, der in früheren Jahren Großes getan hat, um Brücken zwischen Amerika und Deutschland zu schlagen. Ich hatte es darum viel leichter, weil ich unseren amerikanischen Freunden sagen konnte: Die Mittel, die ihr einmal in den ersten Jahren nach der Blockade in Berlin hineingesteckt habt, sind gut verwendet worden. Wir haben die amerikanische Hilfe, die wir damals bekommen haben, und aus deren Rückflüssen wir noch immer einen wesentlichen Teil unserer Investitionen finanzieren, wenngleich zu unserer Freude unser Finanzierungsanteil von Jahr zu Jahr wächst, nicht verschwendet, sondern haben sie gut angelegt. Und wir können auch heute die Verpflichtung eingehen und können Euch zeigen, wie – wenn man mit ein bischen Phantasie ausgestattet ist – die Konturen eines neuen schöneren Berlin sich erweitert. Wenn wir 1957 mit 1950 vergleichen, dann können wir feststellen, dass wir 1957 in Berlin zweieinhalb Mal soviel konsumiert haben wie 1950 und fast viermal soviel produziert und exportiert haben wie 1950. Wenn wie die Beziehungen zwischen Berlin und Hamburg zugrunde legen, dann zeigt sich, dass die Lieferungen von Berlin nach Hamburg in der Fünfjahresperiode von 1952 bis 1957 mehr als verdoppelt wurden, während die Bezüge um mehr als zwei Drittel zugenommen haben. Wertmäßig haben sich die Bezüge verdoppelt, die Lieferungen mehr als vervierfacht. – Wir hatten Anfang 1950 auf unserer Insel mehr als 300 000 Arbeitslose. Wir haben seit-

dem über 350 000 Menschen neu in Arbeit gebracht. Wir haben die Arbeitslosenzahl im letzten Herbst zum ersten Mal auf 170 000 drücken können, mit Einschluss jener 30 000 bis 40 000 nicht mehr zu Beschäftigenden, von denen ich sprach. Immerhin, der gewaltige Unterschied ist dieser: Anfang 1953 – ich erinnere mich, als ob es gestern gewesen wäre –, da knallte Ernst Reuter einmal in seinem Büro den Telefonhörer auf den Apparat und sagte: Ich kann nicht mehr; wir werden durch den Flüchtlingsstrom überschwemmt. 1000 waren es damals am Tag und manchmal mehr. Heute kommen noch immer täglich 300. Das ist auch eine ganze Menge. Aber heute bemühen wir uns, den einen und den anderen, der ein guter Facharbeiter ist, bei uns zu behalten, weil wir ihn brauchen können beim Wiederaufbau, beispielsweise in der Metallindustrie. Aber wir können nicht immer konkurrieren mit unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen, die meistens mehr zu bieten haben; und da wir die Leute nicht verstecken können, gehen sie uns meistens verloren. Aber lassen Sie diese scherhafte Bemerkung vergessen sein. – Wir haben insoweit eine zunehmende Unabhängigkeit erreichen können, als wir 1950 nur zur Hälfte, nur zu 50 Prozent, durch eigene Arbeit für das aufkommen konnten, was wir in unserer Stadt verbrauchten. 1957 konnten wir zu 85 Prozent vom Ertrag unserer eigenen Arbeit leben. Das ist noch immer viel zu wenig, und ich sage es gewiss nicht, um ein zu optimistisches Bild zu zeichnen. Es wäre unverantwortlich von mir, das zu tun. Aber ich sage es, um zu zeigen, dass es vorangegangen ist. Wir haben große Sorgen. Aber über diese Sorgen hier zu sprechen, wäre darum nicht der richtige Ort, weil hier wahrscheinlich nicht die engsten Berater des Bundesfinanzministers sitzen. Ich habe am Montagnachmittag mit ihm zu verhandeln gehabt, unter anderem deswegen, weil Berlin einer Reihe von Problemen gegenübersteht, die aus erhöhten Ausgaben resultieren, für die die Stadt eigentlich gar nichts kann, die als Ergebnis von Bundesgesetzen auf sie zukommen. Aber Herr Etzel hat auch seine Sorgen. Wenn ich an dieser Stelle säße, würde ich sicher auch mit zugeknöpften Taschen in solche Verhandlungen gehen. Ich hoffe, dass wir uns zusammenraufen werden.

Gestatten Sie mir jedoch eine Bemerkung, die nicht den Bundesfinanzminister, sondern die Sie alle angeht, angefangen vom Statthalter dieser Stadt bis zu denen, die auf allen möglichen Positionen die Meinung im deutschen Westen repräsentieren. Ich fürchte, dass im Laufe der Zeit der Eindruck aufkommt, dass sich die Berliner auf Kosten der westdeutschen Steuerzahler ein bisschen viel leisten. Dieser Eindruck kann entstehen, wenn man den Kurfürstendamm und wenn man das Hansaviertel sieht. Ich bin schon Stadtvätern begegnet – nicht gerade in Hamburg, aber in anderen Teilen Deutschlands –, die gesagt haben: Einige der schönen Dinge, die Ihr bei Euch baut, möchten wir auch gerne bauen können; aber wir können es nicht! Ich möchte demgegenüber feststellen, dass das Tempo unseres Aufbaues leider nicht den vergleichbaren Städten und Gebieten im deutschen Westen vorauselt. Wir sind vielleicht ein bisschen leichtsinnig gewesen, unseren Stolz und unsere Freude zu offen zur Schau zu stellen und auch unsere Besucher zu sehr mit all dem vertraut zu machen, was nun schon wieder entsteht, anstatt ihnen eine gesunde Mischung der noch vorhandenen Ruinen und des Neuentstandenen zu zeigen.

Ich möchte sagen, dass ich auf dem Gebiet der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Städten, anknüpfend an das, was traditionell verankert ist, was aber auch in den Jahren seit 1948, 1949, 1950 neue Formen angenommen hat, große Möglichkeiten sehe. Angefangen bei der Hafenwirtschaft, vor allen Dingen aber auf dem vielfältigen Gebiet des Export- und Importhandels. Wir wissen und unsere Wirtschaftler wissen, wie sehr sie dem Ruf Hamburgs als eines schnellen Hafens vertrauen dürfen. Wir wissen auch oder glauben zu wissen von einigen der Sorgen, durch die die Hafenwirtschaft dieser Stadt wenn nicht belastet ist, so doch berührt wird. Sorgen, die sich im Zusammenhang mit dem Problem der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hier und da gebildet haben, Sorgen vielleicht auch, die sich aus dem Ausbau von Wismar und Rostock ergeben können, ein Problem, das ja auch für Berlin in der weiteren Entwicklung seine Bedeutung haben wird; denn

Berlin gehört auch zum Hinterland dieser Häfen, an deren Ausbau die gegenwärtige Sowjetzone relativ energisch arbeitet. Aber ich glaube, wir dürfen mit Ihnen auf die heilende Kraft einer expandierenden Wirtschaft vertrauen. Die Sorgen, die sich vor allen Dingen auch im europäischen Bereich abzeichnen, sollten nur dann zur Last werden, wenn wir es in den kommenden Jahren nicht mit einer expandierenden Wirtschaft zu tun hätten. Aber ich glaube, wir dürfen darauf hoffen, dass die Entwicklung, wenn auch nicht im gleichen Tempo, vorangehen wird, und so doch aus der europäischen Verflechtung sich neue, zusätzliche Möglichkeiten ergeben, nachdem die Übergangsschwierigkeiten beseitigt oder ausgeglichen sein werden.

Unser Hauptinteresse an einem weiteren guten Zusammenhalten mit Hamburg liegt wahrscheinlich vor allem auf dem Gebiet des Export- und Importhandels. Wir brauchen selbst heute in unserer extraordinären Lage, und wir brauchen morgen, wenn wir herausgelöst sein werden aus dieser Lage, noch mehr Waren, und wir benötigen – gerade, solange die gegenwärtige extraordinäre Lage noch andauert, einen sich noch steigernden Auslandsexport.

Wir sind dabei auf das Zusammenwirken mit den Häusern dieser Stadt angewiesen. Wenn ich ein Detail erwähnen darf, so stellen wir zu unserer Freude fest, dass der Handel mit Skandinavien in Berlin, wenngleich er men- gen- und wertmäßig nicht zu den ersten Gruppen gehört, wesentlich höher liegt als vor dem Kriege, dass sich zum Beispiel auf diesem Gebiet, das für Hamburg auch von großem Interesse ist, eine wesentliche Verschiebung ergeben hat, aus der sich zusätzliche Verbindungen zwischen den beiden Städten ergeben und weiterhin ergeben können. Ich konstatiere mit Dankbarkeit, dass die Werftindustrie ein geschätzter Auftraggeber für unsere Berliner Elektro-industrie mit ihren bekannten Häusern, für unseren Maschinenbau und für unsere weitverzweigte Ausrüstungsindustrie gewesen ist und hoffentlich bleiben wird. Ich denke, unsere beiden Städte sollten in gutem Zusammenwirken auch der Wirtschaft und der Wissenschaft die größte Aufmerksamkeit widmen. Jenen großen Projekten für die Entwicklungsländer, die nur durch das zusammenwirken verschiedenster Kräfte und Kreise vernünftig angepackt werden können, Projekte, zu denen wir vom Berliner Standpunkt und gestützt auf unsere Industrie einiges beitragen können, aber in starkem Maße die überseeischen Erfahrungen Ihrer Stadt und das Netz Ihrer Außenhandelsvertretungen in Anspruch nehmen müssen. Ich darf hier an ein Wort erinnern, das auf mich einen tiefen Eindruck gemacht hat, als ich neulich in Washington war und nach meinem Besuch beim Präsidenten zu Herrn Nixon ging. Der Vizepräsident, ein Mann, der mich, gerade verglichen mit dem Urteil, dem er noch vor wenigen Tagen in manchen Kreisen unterlag, außerordentlich stark beeindruckte, als er mir sagte: Wenn Sie wieder nach Bonn kommen – und mit Bonn meinte er mehr Westdeutschland, eine nach unseren Begriffen unerlaubte Verallgemeinerung! – wenn Sie wieder dorthin kommen, dann sagen Sie bitte Ihren Landsleuten und sagen Sie Ihrer Regierung, dass es sich bei der Beschäftigung mit den Entwicklungsländern nicht nur um ein Problem des Business, sondern in starkem Maße um ein Problem der Erziehung der Wissenschaft, oder besser gesagt, des technischen Nachwuchses handelt. Wir dürfen diese Aufgabe nicht zu einer rein amerikanischen oder einer Sache des einseitigen Konkurrenzkampfes zwischen den Amerikanern und den Russen werden lassen. Eine sehr bemerkenswerte Aussage von einem Mann in der Position des amerikanischen Vizepräsidenten, die er übrigens durch einen Hinweis auf das andere große Problem, das dort drüben gesehen wird und auch von uns gesehen werden sollte, ergänzte, nämlich die Frage nach den geistigen Entwicklungen, die sich seit einigen Jahren in den osteuropäischen Ländern abzuzeichnen beginnen. Aber wenn ich eben einen kleinen Hinweis nicht nur auf juristische Erwägungen, sondern auf unsere Verpflichtungen, unsere Aufgaben in den Entwicklungsländern gab, dann glaube ich, dass zusätzlich zu dem, was wir wirtschaftlich, in engerem Sinne wirtschaftlich, schon leisten und weiter leisten können durch ein Zusammenwirken der wissenschaftlichen Institutionen, sehr viel mehr noch tun können. Ich bin selbst bestrebt, eine noch größere Zahl von Studenten aus den Entwicklungsländern nach Berlin zu bekommen. Unsere Möglichkeiten sind jedoch begrenzt;

beide Universitäten sind voll. Wir können wegen der begrenzten Zahl der Lehrkräfte und wegen der begrenzten Räumlichkeiten es kaum noch verantworten, mehr Studenten aufzunehmen, als wir schon haben. Aber hier liegt noch eine zusätzliche Aufgabe; denn es schadet nichts, wenn einige der ausländischen Studenten, die in der Bundesrepublik studieren, nach Berlin kommen, weil sie in dieser Stadt ein bisschen politischen Unterricht gratis dazu bekommen, was zweifellos einigen der in Frage kommenden Länder nichts schaden kann. Ich möchte nur am Rande erwähnen, ohne darauf in diesem Augenblick näher eingehen zu können, dass ich natürlich neben den wirtschaftlichen Verbindungen, von denen ich andeutungsweise sprach, alles begrüße, was auf dem Wege des wissenschaftlichen und des kulturellen Austausches zwischen unseren beiden Städten weiter geschehen kann. Und wenn ich auch das am Rande erwähnen darf: Ich wäre dankbar, wenn die Reedereien, die Schifffahrtsgesellschaften und andere in Frage kommenden Stellen in dieser Freien und Hansestadt Hamburg auch zusätzlich zu dem, was bisher schon geschehen ist, mit in den Kreis ihrer Betrachtungen einbeziehen wollten, dass Berlin trotz seiner Lage oder vielleicht gerade wegen seiner Lage nicht nur interessant ist, weil auch von dort Leute für Schifffahrt und Reisen und was weiß ich gewonnen werden können, sondern weil diese Stadt wegen ihrer Lage in zunehmendem Maße selbst ein Fremdenverkehrszentrum wird. Die Zahl der amerikanischen Reisenden, der schwedischen Reisenden – das sind die beiden Hauptgruppen bei uns – nimmt noch immer zu. Wir sehen das gern; das sind Devisenbringer. Ich glaube, auch auf diesem Gebiet kann ein noch engeres Zusammenwirken der beiden Städte von Nutzen sein.

Nun gestatten Sie mir bitte, dass ich im letzten Teil meiner Ausführungen einige Bemerkungen zu den Fragen mache, die uns in der Stadt Berlin jeden Tag beschäftigen; Fragen, von denen ich weiß oder zu wissen glaube, dass sie dem Wesen nach in Hamburg nicht viel anders gesehen werden. Ich meine damit erstens die Fragen, die sich aus unserem Zustand der willkürlichen und widernatürlichen Zerklüftung als Volk ergeben. Diese Zerklüftung trifft – ich sagte es schon, wir wissen es alle – Berlin doppelt: Eine gespaltete Stadt, ein geteiltes Land. Aber wir wissen, dass diese Stadt Hamburg ja auch nicht nur ganz nahe an der Zonengrenze liegt, sondern dass sie ihrem ganzen Wesen nach, ihrem geistigen Status und ihren wirtschaftlichen Interessen nach viel stärker als mancher andere Teil Westdeutschlands mitlebt in diesem Ringen um die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit. Und ich bin fest überzeugt, dass man hier in Hamburg ebenso wenig wie in Berlin Anhänger für jene abstrusen Ideen findet, die neulich ein Publizist am Rhein in einem politischen Sandkastenspiel dahin entwickelte, dass man wieder auseinanderdividieren sollte, was Bismarck 1866 und 1871 unter einen Hut gebracht hat, und neben einer westeuropäischen Föderation einschließlich der Bundesrepublik und einer donauländischen Föderation eine preußisch-polnische Föderation gedanklich anstreben sollte. Ich glaube jedoch, vom Berliner Standpunkt aus sagen zu sollen und sagen zu müssen, dass auch bei uns durch die Entwicklung und die Erfahrungen in den letzten Jahren die Zahl derer, die noch an eine mehr oder weniger isolierte Lösung der deutschen Frage geglaubt haben, immer geringer geworden ist. Aber immer größer – ob es uns passt oder nicht, ob es uns lieb ist oder nicht – ist die Zahl derer geworden, die sich haben überzeugen lassen von der Interdependenz der militärischen oder sicherheitsmäßigen und der politischen Fragen und der leider unlösbar gewordenen Verknüpfung des Problems der deutschen Wiedervereinigung mit umfassenderen sicherheitsmäßigen und politischen Problemen in diesem Teil der Welt. Am deutlichsten scheint mir das daraus ersichtlich zu sein, dass heute auch die verantwortlichen politischen Sprecher dieses Teiles Deutschlands glauben, nicht mehr darauf bestehen zu können, dass das deutsche Thema als Sonderthema auf einer Gipfelkonferenz der Mächtigen dieser Welt behandelt wird. Vor reichlich einem Jahr wurde noch darüber gestritten, ob man zu einer Abrüstung ja sagen könnte, wenn nicht zuvor die deutsche Einheit wiederhergestellt sei. Die Dinge sind sehr rasch gegangen, und mancher hat sich sehr rasch mit Realitäten, die noch vor einem Jahr nicht anerkannt wurden, vertraut machen müssen. Und ich glaube, gerade eine Stadt, die so

lange und so hart im Kalten Krieg alter Prägung festgehalten wurde und heute in einem Kalten Krieg neuer Prägung festgehalten wird, hat alle Ursache, sich mit denen zu treffen und zu verbinden – und vielleicht sogar zu verbünden –, die nicht Gefangene der eigenen und inzwischen manchen lieb gewordenen Formen von gestern werden möchten. Ich meine damit jenseits und über aller parteipolitischen Zerklüftung folgendes: Die politische Landschaft, die uns heute umgibt, unterscheidet sich ohne jeden Zweifel wesentlich von der politischen Landschaft zur Zeit des Trojanischen Krieges. Und es ist gewiss einfach eine Notwendigkeit, die in diesem Deutschland heute besteht, dass man sich die Meinung sagt, wie es ja in Bonn zur Genüge geschieht, dass sich meiningberechtigte Männer gelegentlich auch einmal zusammenfinden, um den Versuch zu machen, wenn nicht Elemente einer gemeinsamen Außenpolitik zu entwickeln – das ist vielleicht sehr schwer –, so doch zumindest den ersten Versuch zu machen, sich über gewisse Grundelemente der Welt, die uns umgibt, zu verständern. Das heißt, jene Landschaften genau zu erkennen, den Kompass gemeinsam einzustellen, und dann, gestützt auf eine gemeinsam gezeichnete politische Landkarte, den Streit weiterzuführen, wie man sich nun in dieser Landschaft zurechtfindet.

Ich möchte zum Ausdruck bringen, ich bin seit dem Juni 1953 einen Gedanken, einen bedrückenden Gedanken niemals losgeworden, und dieser Gedanke ist Ende 1956 unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse stark aktualisiert worden. Ohne dramatisieren zu wollen, darf ich sagen, dass dies das Einzige gewesen ist, was mich in den letzten Jahren gelegentlich einmal eine schlaflose Nacht gekostet hat. Die Frage ist folgende – und ich frage mich, ob wir sie uns immer klar genug gestellt haben neben unserem täglichen Tun –: In beiden Fällen – das eine Mal in dem anderen Teil unseres eigenen Landes und Volkes, das andere Mal in noch dramatischerer Form im Südosten – haben sich Millionen von Menschen erhoben, die unabhängig sein wollten, die frei sein wollten, von denen aber viele einer völligen Fehlinterpretation der westlichen Politik unterlegen sind. Viele von ihnen hatten nämlich die westliche Politik dahin missverstanden, dass sie, wenn sie selbst das Zeichen dazu gäben, auf militärische Entsetzung rechnen könnten. Und starke Enttäuschung ist der Aufklärung dieses Missverständnisses gefolgt. Wir haben seitdem im anderen Teil Deutschlands ganz nüchtern die bedrückende Tatsache feststellen müssen, dass die Zahl der kaum noch Hoffenden von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Gewachsen ist nicht die Zahl derer, die zum Regime stehen. Zugenummen hat die Zahl derer, die kaum noch hoffen.

Warum sage ich das? Nicht, weil ich der Meinung bin, man hätte militärisch intervenieren sollen. Ich habe Verständnis für diejenigen, die wegen der Verantwortung für das Schicksal der Welt in dieser Frage anders entschieden haben. Nach diesen beiden einschneidenden Erfahrungen musste aber eine Lehre gezogen werden, die wiederum jenseits und über aller Parteipolitik gezogen werden sollte: Wenn es keine militärische Entsetzung für Mitteleuropa und den europäischen Osten gibt, weil wir den dritten Weltkrieg nicht wollen, dann bleibt nur das Ringen um politische Lösungen, und wenn die Erfolgsschancen für ein solches Ringen im Augenblick auch noch so ungünstig sein mögen. Und wenn ich nun die Frage stelle: Haben wir seit 1953 oder seit Ungarn in dieser Hinsicht alles getan, haben wir durch die Kombination von Politik im Sinne des Verhandelns und Politik im Sinne des Mobilisierens der öffentlichen Meinung alles angesetzt, dann wage ich nicht mit ja zu antworten. Auch glaube ich nicht, dass die These, die vor Jahren in Deutschland umging, sich bewahrheitet hat, wir seien auf dem Weg zur Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit darum schon ein gutes Stück vorangekommen, weil wir drei der vier Mächte, die für Deutschland als Ganzes die Verantwortung tragen, für uns gewonnen hätten, und dass es jetzt nur noch darauf ankomme, auch die vierte zu gewinnen. In Wirklichkeit, fürchte ich, haben wir einige Jahre lang zu sehr darauf verzichtet, jenen vierten, eigentlich muss man wohl sagen, anderen Faktor in der Weltpolitik, der auf uns einwirkt – ob er uns sympathisch ist oder nicht –, zu beeinflussen. Wir haben die Beeinflussung in übertriebenem Maße denen überlassen, von denen wir mit Recht meinen, dass sie dem anderen Teil Deutschlands aufge-

zwungen sind. Es gibt eine andere Sache, die mich in den vergangenen zwei Jahren in meinem Wirken in Berlin stark beeindruckt hat und zwar das, was sich in einem Teil der osteuropäischen Jugend vollzogen hat und weiter vollzieht.

In diesem Falle, was diesen Prozess angeht, gehört unsere Jugend in der Sowjetzone mit dazu. Das ist jetzt einmal etwas Positives, was ich neben manchem, eben doch vielleicht etwas Deprimierendem registriert habe. Polen und die Reaktionen in Mitteldeutschland, in der Atlantikpakt umgebenden sowjetischen Besatzungszone, haben Ende 1956 und haben 1957 gezeigt – und das hat manchen von uns mit neuer starker Zuversicht erfüllt –, dass die so genannte Wachstheorie, die man uns nach dem letzten Krieg angeboten hat, falsch war. Jene Theorie, als ob ein totalitäres Regime östlicher Prägung in der Lage wäre, eine ganze junge Generation umzumodeln, als sei sie aus Wachs. In Wirklichkeit hat sich herausgestellt, in Polen und durch die Entwicklung an den Hochschulen im anderen Teil Deutschlands, dass der beste Teil der jungen Generation aus sich heraus, nicht gestützt auf Tradition, ich will jetzt nicht sagen, sich zur westlichen Demokratie hin entwickelt, aber aus sich selbst heraus einen Drang danach zeigt, sich ein bisschen mehr Wahrhaftigkeit, ein bisschen mehr Unabhängigkeit und ein bisschen mehr Schönheit im Leben zu schaffen. Das ist schon etwas Gewaltiges, etwas Anspornendes, etwas, was mit einbezogen werden muss neben den Millionenschicksalen im östlichen Europa. Darum sage ich es. Ich sage es nicht nur, weil ich weiß, dass es in Hamburg und in seiner Kaufmannschaft und in seinen Schiffahrtskreisen sehr reale und, ich glaube, im ganzen positive Erwägungen darüber gibt, dass man mit dem europäischen Osten und Südosten auch arbeiten muss. Nicht nur deswegen, weil ich weiß, dass es unter unseren Hochschulleuten eine zunehmende Zahl derer gibt, die sagen, man muss einen kulturellen, einen geistigen Austausch anstreben – es ist nicht sicher, dass er zu etwas führt, aber er kann jedenfalls nicht schaden, so möchte ich es einmal formulieren –; nein, ich sage es deswegen, weil ich wirklich, auch gestützt auf die Erfahrungen in Berlin sagen kann, wie schlecht wir beraten sind, wenn wir hinter einer von uns selbst errichteten geistigen Maginotlinie in Deckung gehen. Die Erfahrung hat gezeigt, wir brauchen nicht die Begegnung zu fürchten. Leider zeigt die Erfahrung weiter, dass dort, wo wir den Willen zum Austausch dokumentieren, die Machthaber auf der anderen Seite häufig Restriktionen erlassen, weil sie fürchten, dass ihre Leute angesteckt werden. Ich habe es doch selber im vorigen Jahr zu unserer internationalen Bauausstellung erlebt: allein aus Polen kamen 1200 Architekten und Städtebauer, die dann zusammengesessen haben mit unseren Herren, und die von deren Denken nicht weit entfernt waren. Aus allen Teilen des kommunistisch regierten Teiles der Welt kommen Techniker, Wissenschaftler, Wirtschaftler. Man hat sich bisher zu wenig mit ihnen befasst. Ich möchte auch das wieder nicht missverstanden wissen. Ich halte nichts von einer primitiven Neigung, etwa mit Polen spielen zu wollen im Sinne eines antirussischen Spieles. Die törichte Variante war übrigens, überall in den Zeitungen zu schreiben, man müsse Gomulka helfen, damit er sich von Russland lösen könne. Das Beste wäre gewesen, man hätte es getan, ohne davon zu reden, und auch nicht, um hier Großmachtpolitik alten Stiles zu betreiben. Wir müssen zu einem Ausgleich mit Polen kommen, wie wir zu einem Ausgleich mit den Franzosen gekommen sind. Aber ohne dabei jene Realität zu vergessen, die sich aus dem russischen Verhältnis und für die Lösung der deutschen Frage ergibt.

Darf ich diesem Gedanken noch ein paar Sätze hinzufügen: Ich neige zu der Meinung, dass wir den Sowjets noch deutlicher als bisher sagen müssen, dass bei dem Willen zum Ausgleich das Regime Ulbricht zwischen ihnen und uns steht. Ich glaube weiter, dass wir der These von der Konföderation zweier deutscher Staaten noch deutlicher als bisher begegnen müssen mit eigenen Vorstellungen über eine organisierte, sauber abgegrenzte Lösung praktischer und technischer Fragen.

Wir wissen, dass es auf dem Gebiet des Interzonenhandels und auch des Verkehrs Ende vorigen Jahres erfreuliche Fortschritte gegeben hat, abgelöst

durch eine rückläufige Entwicklung auf dem Gebiet des Besucherverkehrs zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Jetzt haben wir die neue Störung bei den Wasserstraßengebühren erlebt. Ich will die Dinge nicht dramatisieren. Ich will sagen, der Akt der Zonenregierung vom Ende vergangener Woche ist ein einseitiger, willkürlicher, politisch bedingter Akt. Die Begründung muss ein Vorwand genannt werden. Wenn die Zonenregierung geglaubt haben sollte, was sie sagt, dass durch die Anlagen bei Geesthacht ihren wasserwirtschaftlichen Interessen Schaden zugefügt werden könnte, dann weiß sie seit der Verlautbarung des Wirtschaftskabinetts vom Montag, dass die Bundesrepublik, falls solche Schäden eintreten sollten, im Rahmen allgemeiner Rechtsgrundsätze für eine Entschädigung einstehen würde. Damit entfällt meines Erachtens die Grundlage für diese Gebühren. Gebühren in dieser Form sind ein Verstoß gegen die Viermächtevereinbarungen aus dem Jahre 1949 über den ungehinderten Verkehr zwischen Berlin und dem deutschen Westen und im Interzonenverkehr. Wir sind einigermaßen stark betroffen, wenn es zu einer sich über Tage hinaus erstreckenden Unterbrechung des Binnenschifffahrtsverkehrs kommen sollte. Ein Drittel unserer Waren kommt auf diesem Wege. Wir müssen das in Kauf nehmen, denn wir können, da es sich nicht um eine isolierte Berliner Frage handelt, nicht die Frage der Erstattung dieser Gebühren von uns aus aufgreifen. Die Frage muss in Bonn entschieden werden. Das Bundeskabinett hat heute beschlossen, die Dinge zunächst noch auf sich beruhen zu lassen, bis man versucht hat, das Terrain mit der anderen Seite zu sondieren. Aber ich nehme dankbar zur Kenntnis, dass man hinzufügte, man werde sich so verhalten, dass eine Schädigung Berlins nicht eintreten werde.

Darf ich Ihnen noch sagen: Wir glauben nicht – zum Unterschied von manchen, die uns danach fragen – an eine isolierte Lösung der Berliner Frage. Wir glauben, dass die Berliner Frage nur im Zusammenhang mit der deutschen Frage wird gelöst werden können. Wir bemühen uns auf dem Wege dahin um eine Normalisierung der Verhältnisse und um ein Hinwegschneiden der bösesten Auswüchse des Kalten Krieges alter Prägung. Leider sind uns dabei bisher nicht sehr große Erfolge beschieden gewesen.

Und schließlich dieses: Ich glaube, eine Brücke zu sehen, auch im Blick auf die Erörterung einiger der Weltprobleme, denen wir Deutsche in dieser Zeit gegenüberstehen. Ich glaube auch, Hamburg und Berlin sind sich über zwei fundamentale Dinge einig. Das eine ist, dass gestützt auf Erfahrungen und die Erkenntnisse der hinter uns liegenden Jahre das zum Westen geschaffene Vertrauensverhältnis sorgsam gepflegt werden muss und auf keinen Fall in Frage gestellt werden darf. Alles, was wir neu anpacken, muss gestützt auf dieses Verhältnis zum Westen angepackt werden. Das bedeutet nicht, dass man nur ja sagt. Unter Freunden muss man einander auch offen die Meinung sagen können. Aber sie muss unter der beiderseitigen Voraussetzung gesagt werden, dass wir uns nicht hintergehen, das heißt, es muss unsere Furcht ausgeräumt werden, die Amerikaner würden sich eines Tages mit den Russen über unsere Köpfe hinweg arrangieren, und deren Furcht, die Europäer würden sich seitwärts in die Büsche schlagen. Gestützt auf ein solches Vertrauensverhältnis muss dann aber in unserem Volk auch die andere Grundwahrheit anerkannt werden, dass ein Volk und ein Land, nachdem es in der Außenpolitik einen Fuß niedergesetzt hat, irgendwann auch den anderen niedersetzen muss. Mit anderen Worten: Deutschland braucht, gestützt auf eine vertrauliche Regelung seines Verhältnisses zum Westen und im offenen Gespräch mit dem Westen auch eine Ostpolitik. Und ich glaube, dass wir sie entwickeln müssen und entwickeln können, ohne den Verdacht des Schaukelnwollens zu erregen. Ich bin der Überzeugung, dass es sich um weit mehr als um ein wirtschaftspolitisches Problem handelt. Ich glaube, dass manches an Auseinandersetzungen vergangener Jahre unwirklich geworden ist. Auch gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass sich in der Erkenntnis der Realitäten Kräfte zusammenfinden, auf die gestützt wir den Weg nach vorn sehen müssen. In dieser Zeit bleibt die Stadt Berlin auch ihr Vorposten, meine Herren, und sie bleibt der stärkste objektive Faktor, jeder Einsicht mit zwei deutschen Staaten abzuwinken. Berlin bleibt ein Faktor, der der Stabilisierung und der

Konsolidierung des Ulbricht-Regimes entgegenwirkt, und bleibt, gestützt auf wieder rauchende Schornsteine, wiedererstandene Wohnquartiere, Universitäten, eine Stätte der Zuflucht für bedrängte Landsleute in der Zone und eine Stätte der täglichen Begegnung zwischen Deutschen aus beiden Teilen dieser großen Stadt und unseres geteilten Landes. Berlin bleibt der Ort, an dem wir bis auf weiteres stärker als irgendwo sonst nachweisen, demonstrieren können, ob wir es ernst meinen mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit, und wie ernst wir es damit meinen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich sehe einer Entwicklung entgegen, in der wir im vertrauensvollen, ja, ich hoffe im kameradschaftlichen Zusammenwirken zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Kräften und den geistigen Bindungen unserer beiden Städte ein Stück auf dem Weg vorankommen werden, auf dem wir vorankommen müssen, wenn Hamburg, wenn Berlin und wenn Deutschland ■ bestehen sollen.